

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Spezialpreis Nr. 53

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neu- und Grevenbroich

Spezialpreis Nr. 53

Die „Neu-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“, „Heimatpost“, „Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mark 45.—, ...“
Geschäftsstelle: Neu-, Niederstraße 46.
Telefon: 2100. Postfach: 41800.



Anzeigen finden durch die Neu-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gespaltene Seite 6.— Mark (Einzelsätze 5.— Mark), außerhalb der Kreise Neu- und Grevenbroich 7.— Mark, und für die 4 gespaltene Seite 17.50 Mark. — Anzeigen erheben bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 207

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 8. September 1922 (Maria Geb.)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neu-.

49. Jahrgang

Die Einigung der sozialistischen Parteien.

Die ins Einzelne gegangenen Spaltungen der deutschen Sozialdemokratie mühen notwendig zu einem Rückschlag führen. Die Begriffsunterschiede wurden durch fortgesetzte Abplittierungen allmählich so fein, daß sie ihre Deutlichkeit verloren. Anzeichen einer Klärung waren die vielen Schwankungen in den einzelnen Lagern. Es war kein festes Zeichen, daß sie je nach der tatsächlichen Situation erfolgten. Jedenfalls hat die Staatsgewinnung des nächsten Teils der deutschen Sozialdemokratie davon keinen Vorteil gehabt. Gerade weil der Wunsch nach Einigung eigentlich aus dem äußeren Anlaß gemeinsamer Demonstrationen und vornehmlich von der mehrheitssozialistischen Seite ausgeht, muß sich noch zeigen, welche Praxis die neue Partei einschlägt. Ein nicht zu unterschätzender Teil der Unabhängigen unter Debus' Führung, vorwiegend auch die von den Kommunisten herübergekommenen Gruppen sind unberücksichtigt. Es wird also auf den Parteitag, die über die Einigung beschließen werden, Auseinandersetzungen geben.

Nichtsozialistischer ist der erste Schritt einer Einigung gewesen: Ein Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist aufgestellt worden. In 6 Abschnitten regelt es die politischen Forderungen der Parteimitglieder. Es wird, ausgehend von den Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, am Kampfe festhalten, die Erbringung der politischen Macht durch das Proletariat als das Ziel hingestellt. Im Abschnitt 1, der die verfassungsmäßigen Forderungen aufstellt, steht bemerkenswerterweise eine Verneinung auf irgend eine Verfassungsform. Es fehlt gänzlich das Bekenntnis zur demokratischen Republik. Vielmehr werden rein negativ Einzelorderungen des kaiserlichen Kampfes gegen monarchistische Bestrebungen, der Ausgestaltung der Reichsverfassung, der Reichseinheit und des „organisch gewachsenen“ Einheitsstaates aufgestellt. Dieses wird erreicht, weil die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weissen Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet. Ziel ist also der Kampf, es kann auch im entscheidenden Moment eben die Diktatur sein. Ein Weg dazu, nicht Endzustand ist die demokratische Republik. Diese Forderung, der man alle jene Unschlichkeiten vorhalten kann, die man auf der einen Seite gegen andere Gruppen vorzuwerfen beliebt, gibt in den allerhöchsten Bedenken Anlaß. Man sieht für einen gewissen Kompromiß an, der keine klare Grundlage schafft und alle Möglichkeiten zuläßt. Es wird deshalb davon abgesehen, wer der beiden Kompromissgruppen die stärkere wird. Das, was die Mehrheitssozialdemokratie an Staatsgewaltiger Erziehung ihrer Anhänger zur Demokratie und gegen die Diktatur unternommen hat, wird übernommen werden können.

Entsprechend dieser propagandistischen Einstellung treten die Parteieleute vor der Staatspolitik in den Vordergrund. Abschnitt 2 fordert den Kampf gegen die Klassenjustiz, Volksgerichte, Abschaffung der Todesstrafe, Gleichstellung der Frau mit dem Manne im öffentlichen und privaten Leben (Ehe) sind die Mittel, die man dazu benötigt. Die Punkte 3 und 4 enthalten die allgemeinen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen, über die eigentlich in den nun vor der Einigung stehenden Parteien nie mehr als Quantunterschiede bestanden haben. Der Klassencharakter der Partei wird wieder dadurch verhärtet betont, daß man sich die Nähe einer Verschärfung mit anderen Ständen als den Lohnempfängern nicht mehr macht. Damit scheint der Versuch einer Meinung in Mittelstands-kreise hinein, wie ihn die Mehrheitssozialisten in ihrem Agrarprogramm mit solchen Mißerfolg unternommen haben, endgültig unter den Tisch gefallen zu sein. Sozialpolitisch interessant ist die Forderung des Erstes der technischen Rothilfe durch „Selbstdisziplin der Arbeiter unter Mitwirkung der Gewerkschaften“. Die freiwillige Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe, mit deren Sicherung die Rothilfe in der Tat überflüssig würde, ist nie einzuhalten worden. Und es wirkt auf die zukünftige Gestaltung dieses Verhältnisses ein eigenartiges Licht, daß die berufene Führerschaft, die Disziplinartelle der Arbeiter, die Gewerkschaften, bei diesen Versuchen „mitwirken“ dürfen. Das deutet dann doch stark nach Mädelstufung und Betriebsautonomie. Freuen werden sich darüber nur die Kommunisten bei ihrer Unterwerfung der Gewerkschaften. Im Punkte 5: Volksgesundheit und Volks-erziehung wird nicht die Werkstätte gefordert, sondern das Wort von der Verbindung der Erziehung mit der materiellen Produktion gewählt. „Weltliche Schule“ und „Religion ist Privatsache“.

Deutschland und Belgien. — Die griech. Niederlage.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 8. Sept. Der durch Unregelmäßigkeiten im Berliner Polizeipräsidium entwichene Gefangen Franziska Beyer wurde gestern bei Angehörigen wieder verhaftet.

Danzig, 8. Sept. In Warschau und Posen ist ein Streik der Post- und Telegraphenbeamten ausgebrochen. Die Eisenbahner sind im Begriff, sich anzuschließen. Die Beamten fordern eine einmalige Zulage von 150 000 bis 300 000 Polennmark.

Breslau, 8. Sept. Der Reichstagsabgeordnete Max Müller ist durch das Vertrauen des Kardinal-Bischöflichen Vertrauens zum Ehrenbürger an der Kathedrale Breslau ernannt worden.

London, 7. Sept. Der Dubliner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß einem Gerücht aus Cork zufolge die republikanischen Führer de Valera und Egan in der Gefangenschaft gefangen genommen worden seien, letzterer soll verwundet worden sein.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 8. Sept. Wie die Mäler mitteilen, hat der gestrige Tag in den deutsch-belgischen Verhandlungen über die Garantien für die Schatzanweisungen keine weiteren Fortschritte gebracht. Nach einer Information des „Berliner Tageblattes“ soll von deutscher Seite der Vorschlag gemacht worden sein, die Garantie für die Schatzanweisungen durch ein Konfessionsamt übernehmen zu lassen. Wie der belgische Delegierte De Meelans französisch Pressevertretern gegenüber erklärte, sei jedoch dieser Vorschlag von den Belgiern abgelehnt worden. Demnach habe es für wahrscheinlich gehalten, daß die Verhandlungen länger dauern, als ursprünglich vorgesehen. Nach einer weiteren Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ sollen zu den Verhandlungen in der Nachmittagspause auch hervorragende Vertreter der deutschen Industrie, unter ihnen Hugo Stinnes und Generaldirektor Cuno hinzugezogen worden sein.

Sich auch in der Wissenschaft.

Berlin, 7. Sept. Nach dem „Evensa Tagblatt“ machen Frankreich und Belgien ihre Teilnahme an den für 1923 in Paris geplanten Geographisch-Ethnographischen Kongressen davon abhängig, daß Deutschland nicht vertreten sein dürfte. Sowohl die ägyptische Regierung als auch das Exekutivkomitee des Kongresses haben Deutschland zur Teilnahme eingeladen.

Die Selbstbestimmung Memellands.

Berlin, 7. Sept. Der deutsch-litauische Memelland-Bund hat an die Selbstbestimmung in Paris ein Schreiben gerichtet, in dem er das Selbstbestimmungsrecht fordert. Das Memelland habe seit 700 Jahren zu Preußen-Deutschland gehört und gegen den unerbittlichen Willen der Bevölkerung von Deutschland gewaltsam getrennt worden. Es wird gefordert, daß die Memelländer abstimmen dürfen, die zur Zeit außerhalb des Memelgebietes wohnenden, geborenen Memelländer das Mitbestimmungsrecht erhalten und die ausgemessenen Personen von der Abstammung ausgeschlossen werden.

Die Niederlage der Griechen.

London, 7. Sept. Reuter meldet aus Smyrna, daß seit der Ankunft der alliierten Kriegsschiffe die allgemeinen Vorrats-läger Frankreichs, Großbritanniens und Italiens von Marinetruppen der betreffenden Nationen bewacht würden. Die „Times“ melden, in gutunterrichteten britischen Kreisen werde erklärt, daß der Fall Smyrna als unvermeidlich angesehen werde.

„Daily Mail“ berichtet, daß die Griechen verhaftet werden durch eine neue Armee, die in

aller Eile aus Trakien nach Kleinasien gebracht werde.

Die Distrikte Barramisch, Efinen, Atwasit und Vagha auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen sind von den griechischen Behörden geräumt. Generalkommando und Gendarmerie von Konstantinopel haben dem Gendarmeriekommando in den Dardanellen dringende Anweisung, genügende Kräfte in diese Distrikte zu senden, um Ruhe und Ordnung zu sichern.

Die griechische Seeflotte umzingelt und gefangen.

Paris, 7. Sept. Nach einer Meldung aus An-gora ist die griechische Seeflotte von den belgischen Truppen umzingelt und nach einigen Widerstand gefangen genommen worden. Die belgischen Vorposten sollen sich nur noch 40 Kilometer von Smyrna entfernt befinden. Die Verluste der Griechen seit Beginn der Operationen werden auf etwa 50 000 Mann geschätzt, darunter 15 000 Gefangene. Der am 2. September bei Uscubun gefangene griechische Oberkommandierende Terzibas, sowie zwei weitere griechische Generäle befinden sich als „Gäste“ im Lager Mustafa Kemal Paschas.

Griechenland mürbe?

Paris, 7. Sept. Kavass meldet aus Konstantinopel: Der hiesige französische, belgische und italienische Truppen erklärte der Regierung von An-gora, daß Griechenland die Räumung von Kleinasien unter der Bedingung eines sofortigen Waffenstillstandes annehmen würde.

Preußen beklagt sich.

Berlin, 8. Sept. Nach einer Korrespondenz-meldung hat das preussische Kabinett sich beim Reichstagspräsidenten Dr. Brüning beklagt, daß wichtige Verhandlungen, in denen es sich um die Abgrenzung der Rechte der Einzelstaaten handelte, vom Reichskabinett mit Bayern allein geführt worden seien. Dem preussischen Kabinett liege nichts fern, als eine Vernehmung der schwierigen Lage des Reichskabinetts. Aber Preußen könne nicht dulden, daß es zu einem Bundesstaat zweiten Ranges herabgewürdigt werde.

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland.

Nach den für Ende Juli vorliegenden Ziffern betrug die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger 10 800, die der weiblichen 4500, zusammen also 15 300 gegen 19 700 am Ende Juni 1922.

Zur Zuckerbewirtschaftung.

Berlin, 7. Sept. Der Verein der deutschen Zuckerindustrie hat am 5. September in Berlin unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches eine außerordentliche Hauptversammlung abgehalten, um für eine Regelung der Zuckerbewirtschaftung 1922/23, entsprechend dem vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Richtlinien im Sinne des Ausgleichs der vielfältigen Interessen freiwillige Vereinbarungen zu treffen. Der Vereinsvorsitzende, Mittmeister a. D. v. Nachtrich, brachte einleitend ein Schreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Kenntnis, das dringend einen lückenlosen Zusammen-schluß der Fabriken bei der Neuordnung empfahl. Die Versammlung nahm mit Rücksicht auf die vorangehende Tagung der Rohzuckerfabrikanten von einer allgemeinen Aussprache Abstand und trat sogleich in die Einzelberatung eines Vertragsentwurfes ein. Dieser will die Grundlagen für eine Neuordnung der Zuckerbewirtschaftung 1922/23 schaffen, die einerseits den berechtigten Wünschen der verarbeitenden Bevölkerung Rechnung trägt und andererseits für den Wiederaufbau und die Verarbeitung der erforderliche Bewegungsfreiheit sichert. Der Vertrag wurde eingehend durchgesprochen und soll sämtlichen Fabriken zur Vollziehung vorgelegt werden.

84 Mark für 1 Kg. Zeitungspapier!

Das Papiermischgut, das die Macht hat, um von ihr rücksichtslos Gebrauch bei Festsetzung seiner

Preise zu machen, hat sich nicht damit begnügt, den Preis von 28 auf 70 Mark zu steigern; es hat ihn auf 84 Mark für das Kilogramm, gegenüber 21 Pfennig im Jahre 1914, festgesetzt. Dabei fürzt es das Ziel, bis zu welchem Bezugszahl erfolgen muß, ab 1. September auf 14 Tage und verlangt unter Androhung der Verweigerung der Lieferung Vorauszahlung von 50 Prozent des Rechnungsbetrages!

Dieses rücksichtslose Vorgehen wird den Tod weiterer Zeitungen zur Folge haben. Gehen die Dinge in dem gleichen verhängnisvollen Schritt weiter wie diesmal, dann wird nichts in der Lage sein, den

Untergang der deutschen Presse

aufzuhalten. Die Frage ist von hoher kultureller, allgemeiner und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Wird die Regierung ruhig zusehen, bis das Verhängnis, das über den Zeitungen schwebt, auch den Rest der Zeitungen in den Strudel hinabgerissen hat? Das würde auch die Arbeitslosigkeit von Tausenden bedeuten, die nicht leicht in der Lage wären, eine Umsiedlung oder Berufsänderung vorzunehmen.

Die Not der Zeitungen.

Berlin, 7. Sept. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat am 2. und 3. September in Weimar eingehend über die Lage im Zeitungsverlegen und am folgenden Tage Gelegenheit gehabt, dem Reichswirtschaftsminister persönlich dringende Anträge zu übermitteln. Diese Anträge beziehen sich auf Festsetzung von Höchstpreisen für Rohstoffe, Holz, Zeitungsdrukpapier, Sicherstellung eines ausreichenden Einfusses von Papierholz in den Forsten sowie Vereinfachung des erforderlichen Quantum von Papierholz zu angemessenen Preisen. Verstärkung des Fonds der Rückvergütungskasse, Beilegung der neuerlichen Streitigkeiten der Zeitungsverleger, die an Stelle der bisherigen Ziele von vier Wochen und mehr Vorauszahlung des halben Monatsbetrags fordern. Vereinfachung der steuerlichen Mehrbelastung (Anlagensteuer) und anderen steuerlichen Maßnahmen.

Kleine Nachrichten.

Unruh in Mülheim a. d. Ruhr. Mülheim-Unruh, 8. Sept. Gestern vormittag seht auch in Mülheim Feuerungsarbeiten ein, die bis zum Abend andauerten. Der Versuch der Kommunisten, die öffentlichen Werke und die Friedrich-Wilhelmsstraße zu besetzen, scheiterte. Die Geschäftsinhaber schlossen ihre Läden. Die Wirtschaften, die tagsüber nur allmählich geöffnet werden durften, mußten um 8 Uhr schließen. Die Kinos durften dagegen spielen. Der Wochenmarkt wurde von den Händlern geräumt. Das Rathaus blieb geschlossen. Die Gruppe der Hauptkassen und Rathausmarkt ab. In einem Handgemenge ging einem Schupoamten der Karabiner los. Fünf Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Unruhen wurden vermieden. Am Vormittag fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Stadt, den Gewerkschaften, den Reichswehr und dem Einzelhandel statt über die Senkung der Preise. Endgültige Beschlüsse sollen im Laufe des Freitags erfolgen.

Sachverständigenrat.

Magdeburg, 7. Sept. Die „Magdeburger Zeitung“ meldet aus Berlin: In Berlin, Potsdam, Schöneberg, Ringeln und Vorleben erkrankten 85 Personen nach dem Genuß von gekautem Schweinefleisch. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Der Hamburger Hafen.

Berlin, 8. Sept. Der erweiterte Grobhamburger Fischereihafen wurde gestern, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, feierlich eröffnet. Durch die großen Umladeanlagen wird die Schiffsahrt in das Binnenland bedeutend gebessert.

Katholik!

Die katholische Presse hat in den 70er und 80er Jahren das katholische Volk für seinen Glauben begeistert und zum festen Anschluß an die heilige Kirche geführt und hat sich dadurch einen wesentlichen Anteil an der Beendigung des kurzen Kulturkampfes erworben. Muß das kathol. Volk nicht heute um so treuer zu ihr stehen?

vervollständigen die Kulturpolitik des Programms. Auf dem Gebiete der Internationalen Politik (Punkt 6) finden wir die bekannten Forderungen des sozialistischen Pazifismus, den Glauben, daß der Sozialismus allein den Frieden sichern könne. Der Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens wird nicht nur als Grundlage einer Völkerverständigung, sondern weitgehend auch als moralische Pflicht Deutschlands anerkannt. Der imperialistischen Politik wird der Kampf angefaßt, eine Revision der Verträge, die Überwindung der Macht- und Gewaltpolitik durch eine internationale Rechtsorganisation gefordert. So schließt der Aufbruch mit einer Aufforderung zur Vervollständigung der sozialistischen Gesellschaft.

Es behauptet sich, wie an der Geschichte namentlich der deutschen Sozialdemokratie so auch an dem Entwurf des Einigungsprogramms, daß die Sozialdemokratie nur in der moralischen Opposition die Massen fesseln kann und deshalb immer wieder von dem jeweils radikaleren Flügel angezogen wird.

Die Ansichten der Einigung sind dadurch gekennzeichnet, daß für den 26. September die beiden Landtagsfraktionsverbände zur ersten gemeinsamen Sitzung eingeladen sind. Ihre Wirkung wird, daß die Tage zu Augsburg bezogen. Gera ihre Zustimmung wohl nicht verlagert werden, zunächst eine parlamentarische sein. Die vergrößerte Partei wird weitere Siege in der Regierung fordern. Ob das ohne besondere ausdrückliche Garantien an

die übrigen Koalitionsgruppen möglich sein wird, muß sich noch ergeben. Bräutigam wird sein die Bereitschaft zur Bildung der Großen Koalition, die in diesem Augenblick Wirklichkeit werden muß. Maq sich da der Geist der „Vereinigten“ bewahren. Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten wird nicht an Schärfe verlieren. Will die Sozialdemokratie praktische Staatsarbeit entfalten, so wird sie den Kommunisten noch mehr Angriffsflächen als bisher bieten. Es fragt sich, was mehr wiegt: Die Erziehungsfähigkeit der sozialdemokratischen Massen oder der in der Vereinigung geborene Erziehungs-wille ihrer Führer

Der
Margarine
Butter

er-Giole
Besten

HUBERTUS-
EISENWEIN
LEICHTIN

ander.

Die Probe für beide
aus, Weiteres siehe

Arnold-Haus

Tabak Hoppe,
Wiederwallstraße 17.

Tabak Hoppe,
Wiederwallstraße 17.

Tabak Hoppe,
Wiederwallstraße 17.

Tabak Hoppe,
Wiederwallstraße 17.

Tabak Hoppe,
Wiederwallstraße 17.

Tabak Hoppe,
Wiederwallstraße 17.

295 Wie wieder Krieg! Aus einem Grunde sollte man es fast für
alte Vortraum halte die Summen auf eine um die andere richtig ab-
estrichen und velleist legt, keinen wilden Gedanken oboest. Er war nur

1922. — Nr. 37.

296